



Bundesverband
Lohnsteuerhilfsvereine e.V.

Reinhardtstr. 23 10117 Berlin
Telefon 030 / 585 84 04 – 0
Telefax 030 / 585 84 04 – 99
E-Mail info@bvl-verband.de
Web www.bvl-verband.de

Bundesverband Lohnsteuerhilfsvereine e.V.
Reinhardtstr. 23 - 10117 Berlin

Bundesministerium der Finanzen
Herrn MR Christian Unger
Referat IV C 3
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

Per E-Mail: christian.unger@bmf.bund.de; IVC3@bmf.bund.de

Berlin, 29. Juni 2023

Besteuerung des Grundrentenzuschlags durch fehlerhafte Rentenbezugsmitteilungen und Datenübermittlung der Deutschen Rentenversicherung

Sehr geehrter Herr Ministerialrat Unger,

wir wenden uns heute mit der Bitte an Sie, zu der aus unserer Sicht klärungsbedürftigen Rechts- und Sachlage hinsichtlich der Übermittlung von Rentenbezugsmitteilungen der Deutschen Rentenversicherung Stellung zu nehmen, die den Grundrentenzuschlag fehlerhaft als steuerpflichtig ausweisen.

Mit dem Jahressteuergesetz 2022 hat der Gesetzgeber in § 3 Nr. 14a EStG normiert, dass rückwirkend ab dem Jahr 2021 der Anteil der Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung, der auf Grund des Zuschlags an Entgeltpunkten für langjährige Versicherung nach dem Sechsten Buch Sozialgesetzbuch geleistet wird, steuerfrei gestellt wird. Hintergrund dieser Freistellung ist der Grundgedanke, dass auch aus steuerlicher Sicht sichergestellt werden soll, dass die Lebensleistung der anspruchsberechtigten Personen des Grundrentenzuschlags nicht geschmälert wird.

Nach unserer Kenntnis werden die Grundrentenzuschläge in den Rentenbescheiden als steuerpflichtige Einnahmen erfasst, obwohl sie steuerfrei sind. Die festgesetzten – auch für zurückliegende Zeiträume nachgezählten – Grundrentenzuschläge werden im gesamten Rentenbetrag erfasst und erhöhen damit den steuerpflichtigen Rentenanteil. Die fehlerhaften Daten wurden an die Finanzverwaltung elektronisch übermittelt.

Problematisch ist hierbei nicht nur, dass die fehlerhaften Rentenbezugsmitteilungen zu erheblichen Steuernachzahlungen für viele Rentnerinnen und Rentnern führen, sondern auch Auswirkungen auf die Höhe von Sozialleistungen haben können.

Die Finanzämter berücksichtigen die fehlerhaften elektronischen Daten in den Steuerbescheiden, die als Berechnungsgrundlage für die Beantragung von Sozialleistungen wie beispielsweise das Wohngeld dienen. Weil der Wohngeldanspruch u.a. von der Höhe des wohngeldrechtlichen Gesamteinkommens abhängt, können dadurch Sozialleistungen fehlerhaft zu niedrig gewährt werden. Nach unserer Auffassung müssen die Nachteile bei den Sozialleistungen dringend beseitigt werden.

Wir bitten kurzfristig um Klärung, ob und wann die Deutsche Rentenversicherung eine Korrektur der fehlerhaften Datenübermittlungen vornehmen wird. Des Weiteren bitten wir um Mitteilung, welche Lösungswege zur Vermeidung von fehlerhaften Folgebescheiden in Erwägung gezogen werden.

Für Fragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

David Martens
Stellv. Geschäftsführer

Jana Bauer
Stellv. Geschäftsführerin

BVL – BUNDESVERBAND LOHNSTEUERHILFEVEREINE E.V.

Der Bundesverband Lohnsteuerhilfevereine e.V. vertritt die gemeinsamen Interessen von mehr als 300 Lohnsteuerhilfevereinen gegenüber dem Gesetzgeber und der Finanzverwaltung. Die dem BVL angeschlossenen Lohnsteuerhilfevereine beraten und betreuen mehr als vier Millionen Mitglieder, die Arbeitnehmer, Pensionäre und Rentner sind.